

NPOG1 #noNPOG - Grüne sagen NEIN zum niedersächsischen Polizeigesetz!

Gremium: Lavo, GJN

Beschlussdatum: 14.10.2018

Tagesordnungspunkt: 3. Novelle des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)

1 Die Balance von Freiheit und Sicherheit sowie die unbedingte Einhaltung der
2 Grundrechte sind Anliegen grüner Innenpolitik. Dazu gehört eine bürgernahe,
3 bestens ausgebildete und gut ausgestattete Polizei. Sowohl der Bundesinnen- und
4 Heimatminister Seehofer sowie der niedersächsischen Innenminister Pistorius
5 rühmen sich mit der polizeilichen Kriminalstatistik: Niedersachsen und
6 Deutschland seien so sicher wie noch nie. Gleichzeitig findet bundesweit ein
7 Wettbewerb um die härtesten Polizeigesetze statt - und auch Niedersachsen
8 beteiligt sich hier leider daran.

9 Wir stehen für eine Polizei, die für Sicherheit sorgt, Grundrechte und die
10 Freiheit aller achtet und sich nicht in den politischen Prozess einmischt. Mit
11 dem geplanten niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) wird
12 jedoch nicht mehr Sicherheit geschaffen, dafür jedoch unsere Grundrechte zur
13 Disposition gestellt. Einer der größten Skandale ist die gesetzliche
14 Vorverlagerung der polizeilichen Arbeit in den politischen Raum. Unter dem
15 Vorwand des internationalen Terrorismus werden Grundrechte bis zur
16 Unkenntlichkeit beschnitten, wie auch die Landesdatenschutzbeauftragte Barbara
17 Thiel bestätigte. Wir Grüne kritisieren diesen rechtsstaatlichen
18 Paradigmenwechsel durch die Große Koalition scharf. Statt Grundrechte zu
19 schützen, erhebt die Landesregierung mit dem neuen Gesetz einen Generalverdacht
20 und eine Misstrauensbekundung gegenüber allen Menschen, die in Niedersachsen
21 leben. Unsere Bemühungen einer freiheitsorientierten Innenpolitik unter Rot-Grün
22 und unserer ehemaligen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz sind einer Law-
23 and-Order-Politik gewichen. Gegen diese Politik wehren wir uns!

24 Neues Polizeigesetz: Geprägt von Symbolpolitik und Rechtsruck

25 Niedersachsen reiht sich in die massiven Grundrechtseinschränkungen gegenüber
26 den Bürger*innen der anderen Bundesländer ein. Diesem bundesweiten Trend, der
27 von der rechtspopulistisch agierenden CSU in Bayern losgetreten wurde, stellen
28 wir uns entschieden entgegen. Mit Symbolpolitik wird Sicherheit suggeriert, die
29 es mit diesem Gesetz nicht geben wird. Wir kritisieren daher die geplanten
30 Meldeauflagen und Kontaktverbote, sowie die Ausweitung der elektronischen
31 Fußfessel, die die Polizei aus bloßem Verdacht ohne Richtervorbehalt verhängen
32 dürfte. Diese Maßnahmen werden keine Straftaten verhindern. Sie greifen aber
33 massiv in die Grundrechte der Bürger*innen ein. Statt immer neuer
34 unkontrollierbarer und grundrechteverletzender Befugnisse für die Polizei
35 einzuführen, setzen wir auf eine selbstkritische Fehlerkultur in der
36 Organisation der Polizei, eine deutlich bessere Aus- und Fortbildung, sowie
37 bessere Ausstattung der Polizei.

38 Angriff auf den Rechtsstaat: 74 Tage Präventivhaft ohne Straftat, Anklage & 39 Pflichtverteidigung

40 Für nicht nur politisch fragwürdig, sondern für klar verfassungswidrig halten
41 wir die geplante Präventivhaft von bis zu 74 Tagen. 2,5 Monate Haft ohne eine

42 Straftat begangen zu haben und ohne Anklage. Kein europäisches Land hat eine so
43 lange Präventivhaft. Dabei soll die Polizei vermeintliche Gefährder*innen
44 praktisch selbst identifizieren, überwachen und sanktionieren dürfen, ohne den
45 konkreten Vorwurf einer Straftat. Das Strafrecht wird umgekehrt und in den
46 präventiven Bereich vorgezogen, rechtsstaatliche Prinzipien und Mindeststandards
47 wie der Grundsatz der Unschuldsvermutung, der Grundsatz der Anlassbezogenheit
48 sowie die Pflichtverteidigung werden ausgehebelt. Mit allen politischen und
49 juristischen Mitteln stellen wir uns gegen diese unverhältnismäßige Ausweitung!
50 Sollte die Landesregierung an diesen Plänen festhalten, werden wir alle
51 rechtlichen Schritte dagegen nutzen. Im Zweifel werden wir vor dem
52 Staatsgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht klagen!

53 **Deeskalation statt Militarisierung – Keine Aufrüstung durch Taser**

54 Die Große Koalition will die Polizei massiv aufrüsten, beispielsweise mit
55 Elektroimpulsgeräten, so genannten „Tasern“. Diese gelten als nicht-tödliche
56 Waffe und haben somit eine relativ niedrigere Einsatzschwelle. Besonders für
57 Schwangere und Menschen mit chronischen Erkrankungen stellen Taser aber eine
58 enorme Gefahr, sogar eine tödliche Gefahr dar, die Polizist*innen in der Regel
59 jedoch gar nicht erkennen können. Aus unserer Sicht liegt es daher auch im
60 Interesse der Polizist*innen solch eine Gefahr gar nicht erst in Kauf zu nehmen.
61 Daher lehnen wir die geplante Aufrüstung mit der Einführung von Tasern ab! Die
62 geplante rechtliche Grundlage für die Body-Cams wirft noch viele offene Fragen
63 auf, die einen solchen massiven Grundrechtseingriff nicht rechtfertigen. Wir
64 fordern in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Videokatasters bei einer
65 unabhängigen Treuhandstelle zur kontrollierten Einsichtnahme für Beteiligte,
66 Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Dabei muss technisch sichergestellt
67 werden, dass sämtliche erstellten Aufnahmen in voller Länge in diesem Kataster
68 liegen, sowie ein Einsehen elektronisch dokumentiert wird. Grundsätzlich wollen
69 wir den Einsatz nur in „Anhalte-Situationen“ mit Tonaufnahmen einsetzen. Vor der
70 geplanten voreiligen flächendeckenden Einführung von Body-Cams braucht es eine
71 umfassende, ergebnisunabhängige Auswertung der bisherigen Testphase.

72 **Polizeigesetz stoppen – Trojaner verhindern**

73 Für besonders schwerwiegend halten wir die Einführung der Quellen-
74 Telekommunikationsüberwachung (Niedersachsen-Trojaner) sowie die geplanten,
75 heimlichen Online-Durchsuchungen. Die Landesregierung will mit der Schaffung und
76 der bewussten Ausnutzung von Sicherheitslücken Tür und Tor für Schadsoftware auf
77 Computern, Laptops und Handys der Bürger*innen öffnen. Die Pläne der GroKo
78 stellen damit ein massives Sicherheitsrisiko und eine Misstrauensbekundung
79 gegenüber der Bevölkerung dar!

80 **Keine Kriminalisierung von Demonstrant*innen**

81 Wir Grüne sind eine Partei mit Wurzeln in der Protestbewegung. Wir wollen
82 Menschen dazu ermutigen für ihre Anliegen auf die Straße zu gehen. Wir vertrauen
83 auf die Polizeibeamte*innen im Einsatz, die Einsatzlage und Gesamtsituation am
84 besten einschätzen können. Daher haben wir in der rot-grünen Landesregierung den
85 Straftatbestand der Vermummung auf eine Ordnungswidrigkeit herabgesetzt. Mit
86 Erfolg, wie deutlich ruhiger verlaufende Demonstrationen, wie die gegen das
87 Polizeigesetz, zeigen. Die Große Koalition will auf Druck der CDU Vermummung nun
88 wieder als Straftat einstufen und setzt damit auf unnötige Eskalation. Somit
89 wird die Polizei dazu gezwungen, gegen die Vermummung immer und sofort
90 vorzugehen. Bei der Beibehaltung als Ordnungswidrigkeit kann die Polizei

91 grundsätzlich deeskalierender und je nach Einschätzung der Gesamtlage vor Ort
92 handeln. Wir fordern Innenminister Pistorius daher dazu auf, sich nicht weiter
93 von der CDU die Politik vorgeben zu lassen: Keine Kriminalisierung von
94 Demonstrant*innen“!

95 **Der Protest hat gerade erst angefangen**

96 Das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz wimmelt nur so von
97 unbestimmten Rechtsbegriffen, schwammigen Formulierungen und handwerklichen
98 Fehlern. Die Anhörung im Landtag war eine schallende Ohrfeige für die
99 Landesregierung und den Innenminister. Nahezu alle Expert*innen haben das Gesetz
100 harsch kritisiert. Dieses Gesetz trotzdem fast unverändert beschließen zu
101 wollen, zeugt von der Starrköpfigkeit und Machtarroganz der Landesregierung.

102 Solange die Landesregierung an diesem Gesetz festhält, werden wir den Protest
103 dagegen unterstützen. Wir stehen an der Seite der Jurist*innen, der Fußballfans,
104 der Gewerkschafter*innen der Antifaschist*innen, der 15.000 Demonstrant*innen
105 sowie der 130 Organisationen und Gruppen hinter dem #noNPOG-Bündnis und nicht
106 zuletzt auch an der Seite der niedersächsischen Polizist*innen: **Nein zum**
107 **niedersächsischen Polizeigesetz!**

108 Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Notbremse zu ziehen und dieses
109 freiheitsfeindliche Polizeigesetz zurückzunehmen! Nur in Zusammenarbeit mit der
110 Polizei, Zivilgesellschaft, den Kritiker*innen des Gesetzes und
111 Bürgerrechtler*innen kann ein Neustart für ein bürgernahes, transparentes und
112 effektives Polizeigesetz für qualifizierte Arbeit der Polizei und der
113 Gefahrenabwehrbehörden gelegt werden. Dafür stehen wir Grüne bereit!